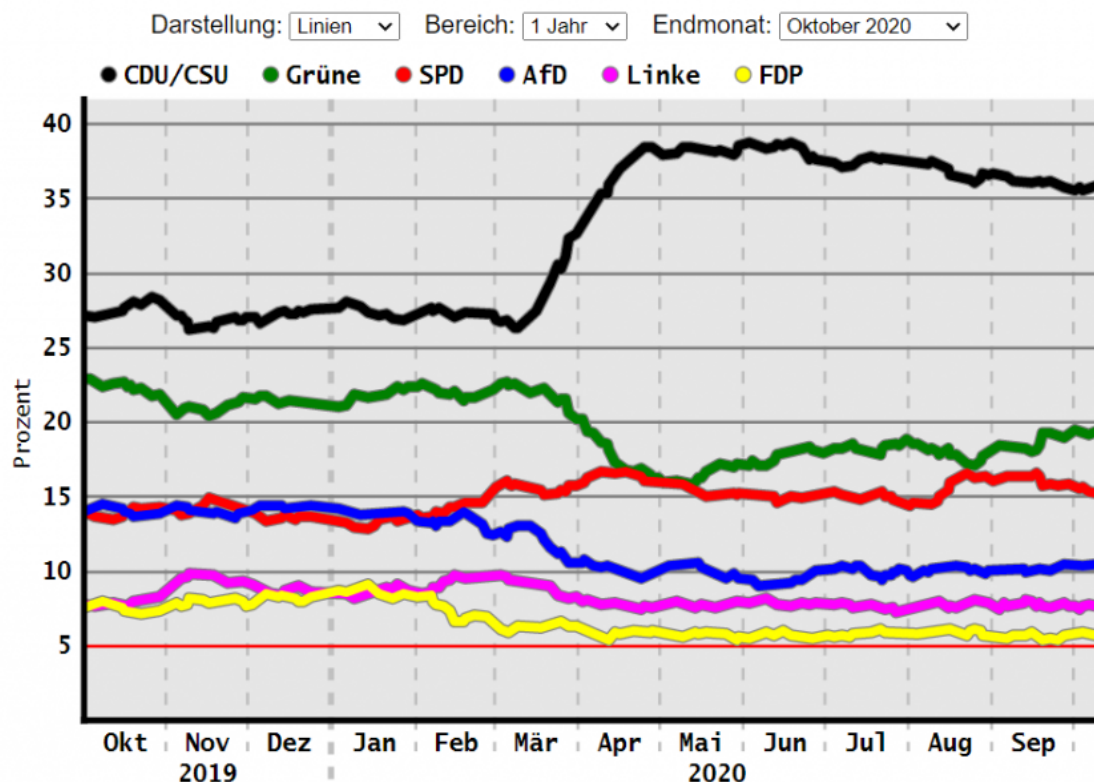


Es kamen ein paar interessante Leserbriefe. Siehe unten. Die Leserinnen und Leser bestätigen, dass es sinnvoll und nützlich ist, den Begriff „Einflussagent“ in die Debatte eingeführt zu haben - als analytische Kategorie. Dieser Begriff ist zum Verständnis des Geschehens heute so wichtig wie der Begriff „Manipulation“. Wer nicht in Rechnung stellt, dass die unsere Welt maßgeblich beherrschenden Personen, Gruppen und Institutionen Manipulationen und Einflussagenten systematisch, gezielt und umfassend nutzen, wird wenig verstehen. **Albrecht Müller**

Vorweg eine Korrektur: Ein Leser weist darauf hin, dass die SPD ihr friedenspolitisches Profil schon mit dem Jugoslawien-Krieg geschliffen und verloren hat. Das ist richtig. Nichtsdestotrotz wäre eine Wiederbelebung und Unterfütterung dieses Profils wichtig, wenn die SPD Leser/innen zurückgewinnen wollte.

Noch eine Ergänzung: Der Kabarettist Arnulf Rating hat gestern Abend bei einer Vorstellung seines neuen Programms in Neustadt-Mussbach an der Weinstraße eine Grafik zur Darstellung der Parteipräferenz im Zeitablauf verwendet, die den Umfrageverlauf besser darstellt als die von mir verwendete Abbildung. Siehe hier seine Abbildung:

### Verlauf des Wahlrends (Umfrageverlauf) von Oktober 2019 bis Oktober 2020



Quelle: <https://dawum.de/Bundestag/>

Hier wird zusammengefasst sichtbar, dass die CDU/CSU massiv von Corona profitiert hat.

Anmerkung: Ich teile die Skepsis gegenüber Umfragen. Kapitel III. 10. meines Buches „Glaube wenig. Hinterfrage alles. Denke selbst“ ist überschrieben: „Umfragen nutzen, um Meinung zu machen“. Also, da gibt es keinen Dissens. Aber: Wie sich die Präferenzen für die Union einerseits und die anderer Parteien andererseits auseinanderentwickelt haben, ist so markant, dass man von der Richtigkeit dieses Befunds ausgehen kann.

Die Leserbriefe:

## 1. Leserbrief

Lieber Herr Müller,

ich könnte Ihnen nicht mehr zustimmen.

Beachten Sie auch Kühnerts einschlägige Aggression gegen das Mitglied seines Ortsvereins, das sich im BMI in einem Papier gegen die Corona-Maßnahmen gestellt hat und deshalb von seinen Aufgaben entbunden wurde:

<https://twitter.com/KuehniKev/status/1260658088060743680>

Schlüsselwort: „Echsenmenschen“. Nach meiner Meinung beweist das, dass Kühnert unter der Oberfläche ein kaum beherrschter, ganz spezifischer Fanatiker ist.

Aber die mediale Deckung, die er erhält, ist mir schon vor 1,5 Jahren stark aufgefallen beim Thema ‘Kollektivierung’:

<https://hinterbusch.wordpress.com/2019/05/05/der-sozialismus-frommer-tabubrecher/>

Die Unterstützung kam von einem Journalisten, der sonst die beinharten neoliberalen “Reformen” eines Macron unterstützt hatte: Nils Minkmar beim SPIEGEL.

Dieses abstrakte Gerede des Kühnert von Sozialismus, Verstaatlichung und Kollektivierung ist eine Scheinradikalität, die keinem Arbeitnehmer irgendetwas bringt.

Er benutzt das als reines Ideologie-Placebo, um seine sonstigen Einfluss-Ziele zu verfolgen. Was seit Jahren nötig gewesen wäre, sind höhere Löhne innerhalb eines keynesianisch-marktwirtschaftlichen (aber nicht unbedingt finanzkapitalistischen) Systems.

Heiner Flassbeck hat die Gefahr und politische Sinnlosigkeit einer Scheinradikalität sehr hellsichtig beschrieben:

“Gibt es nur eine Alternative im Nirgendwo” vom 27.10.2017.  
(aktuell leider nicht abrufbar und verlinkbar wg. techn. Probleme)

Herzliche Grüße  
Andreas Müller

Die Zugriffe bei den NachDenkSeiten wachsen. Die Arbeit wächst. Und auch der Aufwand. Wir bitten (auch) unsere neuen Leserinnen und Leser um Unterstützung.  
Das geht so ...

## 2. Leserbrief

Liebes Team für Leserbriefe, lieber Herr Müller,

sehr interessant Ihre Gedanken zu Kevin Kühnert, wobei Sie vielleicht etwas aus Rücksicht oder gutem Benehmen übersehen haben, nämlich, dass Kühnert ein gedanklicher Tiefflieger ist.

Wenn er sagt: (...) was früher einmal funktioniert hat, sei heute nicht mehr automatisch die richtige Vorgehensweise“ vergisst er, dass auch früher die Friedenspolitik nicht automatisch ablief, sondern dass man mit einander reden und denken musste. Also nichts geschah automatisch, quasi von allein.

Gleichfalls die blödsinnige Aussage mit dem „engen Draht über den großen Teich,“ den man niemals abbrechen lassen sollte, kann nur von - in Hessen sagt man - Dummschwätzern gesprochen werden, da dieser Draht in der Vergangenheit, auch jetzt mit Donald Trump, nicht abgebrochen worden ist und somit, was den letzten Satz angeht, in dem er auch wieder warnt, dass sich ein Abbruch nicht von alleine reparieren lasse, Kühnert sich was ausdenkt, was nicht den Tatsachen entspricht.

Insofern ist er ein Einflussagent, der selber überhaupt keine Position hat und auch keine Vorstellung, wie eine gute Friedens- und Sozialpolitik zu sein hat oder sein könnte. „Hans Großmaul“ gibt es inzwischen viel zu viele - und irgendwie sind alle so. Unehrllich, unreif, karrieregeil und sie finden sich selber alle richtig toll! Politik ist in Deutschland ein Kindergarten für Erwachsene geworden, seit die großen DAX-Unternehmen die Regie übernommen haben, die sagen, wo es lang geht und Merkel oder Kühnert, v.d.Leyen oder Kramp-Karrenbauer, Maas oder Altmeier, tun, was diese sagen. Alles typisch für die post-

demokratischen Zustände unter denen Deutschland und die EU insgesamt leiden.

Freundliche Grüße  
Karola Schramm

---

### 3. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Müller,

ich schätze Ihren Einsatz für Aufklärung sehr, vielen Dank dafür!

Folgender Satz aber kommt mehr als 20 Jahre zu spät:  
"Einige Sozialdemokraten merken, dass die SPD ihr größtes Profilelement der letzten 50 Jahre gerade verspielt, die Partei der Entspannungs- und Friedenspolitik zu sein".

Die SPD hat zusammen mit den Grünen im Jugoslawien-Krieg das Führen illegaler Kriege wieder gesellschaftsfähig gemacht.  
Damit hat sie ihr Profilelement bereits damals verspielt.

Sie sind Ihrem Geist treu geblieben, das glaube ich gerne.  
Die SPD aber ist seit langem keine Friedenspartei mehr.  
Auch ihre ursprüngliche Klientel hat sie lange aufgegeben, die Arbeiter bzw. weniger gut gestellten.  
Sie macht knallharte neoliberale Politik gegen das Volk, für eine kleine Geldelite, alles für den Machterhalt und das seit Jahren.

Die einzige Partei, die bislang Friedenspolitik tatsächlich vertreten hat, waren die Linken.  
Aber auch das beginnt sich gerade zu ändern.  
Um mit Rot/Rot/Grün an die Macht zu gelangen, werden peu a peu ehemals feste Friedenspositionen fallengelassen.

Damit gibt es für einen Menschen, dem Friedenpolitik ein Anliegen ist, nun keine Partei mehr, die er "guten Gewissens" wählen kann.  
Es bleibt die Möglichkeit, parteilose Direktkandidaten aufzustellen und zu wählen, wenn sie tatsächlich integer sind und das Vertrauen von Vielen genießen.  
Hierüber ließe sich ganz legal und friedlich, ein Weg in die direkte Demokratie beschreiten.

Mit freundlichen Grüßen  
N.N.